

Es informiert Sie	Holger Müller
Telefon (0202)	563 7425
Fax (0202)	563 8022
E-Mail	holger.mueller@stadt.wuppertal.de
Datum	12.02.2004

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Cronenberg am 28.01.2004

Anwesend sind:

Vorsitz

Frau Ingeborg Alker ,

von der CDU-Fraktion

Herr Torsten Gröll , Herr Günter Groß , Herr Helmut Hannert , Herr Karl-Heinz Müller , Frau Claudia Schmidt , Herr Gerd Weisbeck ,

von der SPD-Fraktion

Herr Hans-Peter Abé , Frau Ursula Abé , Herr Bernard Kessens , Frau Erika Sievers ,

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Peter Vorsteher ,

von der FDP-Fraktion

Herr Walter Thomann ,

berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW

Herr Paul Yves Ramette , Herr Andreas Weigel ,

als Sprecher des Bezirksjugendrates für den Stadtbezirk Cronenberg

Herr Lukas Braun, Frau Sabrina Sander,

als Vertreter/in des Oberbürgermeisters

Herr Joachim Rubert ,

Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Barbara Bollhorst , Herr Rainer Grotendorst , Frau Henrike Mölleken , Herr Dirk Ostermann ,
Herr Volker Schroeder (alle bis 20.05 h, TOP 3),

als Gast

Herr PHK Hakenbeck

von der Presse

Herren Koke (Cronenberger Woche), Schiffer (Cronenberger Anzeiger), Schmahl (Westdeutsche
Zeitung), Urssu (Wuppertaler Rundschau),

Schriftführer

Herr Holger Müller ,

Nicht anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Rolf Baaske ,

von der SPD-Fraktion

Frau Liane Schmidt ,

berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW

Herr Peter Jung , Herr Oliver-Siegfried Wagner ,

,
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:15 Uhr

I. Öffentlicher Teil

Frau Alker begrüßt die Teilnehmer und eröffnet die Sitzung.

Herr Thomann bedankt sich für die guten Wünsche, die ihn während seiner Erkrankung erreicht haben.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 28.01.2004

Die Drucksache der Verwaltung, VO/2495/04 wird zusätzlich als TOP 5.1 in die Tagesordnung aufgenommen.

Einstimmigkeit.

1 **Bezirksjugendrat für den Stadtbezirk Cronenberg** **- Bericht des Ansprechpartners in der Bezirksvertretung -** **- mdl. Bericht .**

Herr Braun legt den Jahresbericht 2003 des Bezirksjugendrates aus und dankt der Bezirksvertretung für die gute Zusammenarbeit. Er weist außerdem auf eine geplante Sommerfreizeit für Jugendliche ab 16 Jahre hin.

1.1 **Maßnahmen zur Schulwegsicherheit am Busbahnhof Küllenhahn** **Vorlage: VO/2478/04**

Frau Sander teilt mit, der Bezirksjugendrat beabsichtige, einen Brief an das Verkehrsministerium zu schreiben, in dem der Inhalt des Antrags als Idee zur Vorbeugung von Unfällen vorgeschlagen werden solle.

Herr Kessens empfiehlt, das Geschwindigkeitsdisplay vorübergehend im Bereich des Busbahnhofs aufzustellen. Im übrigen folge die SPD-Fraktion der Stellungnahme des Ressorts 104.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 28.01.2004:

1. Die Stellungnahme des Ressorts 104.12 zum Antrag in Drucks. VO/2478/04 wird zur Kenntnis genommen.
2. Es wird empfohlen, das Geschwindigkeitsdisplay vorübergehend im Bereich des Busbahnhofs Küllenhahn aufzustellen.

Einstimmigkeit.

1.2 **Planung für die Bezirksjugendratswahlen 2004** **Vorlage: VO/2479/04**

Frau Alker stellt als Ergebnis fest, dass zunächst das Gespräch am 07.02.2004 bei Herrn Dr. Kühn abgewartet und erst dann über den Antrag beraten werden soll.

**2 Flächennutzungsplan der Stadt Wuppertal
- Feststellungsbeschluss -
Vorlage: VO/2314/03**

Herr Ostermann erläutert die Grundzüge der Planung und weist auf eine Korrektur für die Fläche Hipkendahl hin.

Herr Weisbeck fasst die Stellungnahmen der CDU-Fraktion gem. Drucks. VO/2531/04 kurz zusammen.

Herr Ostermann erklärt, die Verwaltung werde dem Fachausschuss bzw. dem Rat der Stadt eine Stellungnahme zu den Änderungswünschen vorlegen, wobei hinsichtlich Stiepelhaus eine sehr enge Abstimmung mit der Landesplanung notwendig sei. Es bleibe abzuwarten, ob der Rat der Stadt dem folge. Ggf. müsse es Einzelverfahren mit erneuter Offenlage für diese Teilfläche geben.

Herr Stv. Vorsteher ist der Auffassung, die Stadt müsse – auch angesichts ca. 10.000 leerstehender Wohnungen – mit weniger Wohnbauflächen auskommen. Es sollten nicht immer weitere Freiräume am Stadtrand angetastet werden. Beispielhaft nenne er die Bereiche Möschenborn/Greuel und Hensges Neuhaus. Die Grünen orientierten sich mit ihrer Auffassung an der Stellungnahme des BUND und der Bürgerinitiative für Umweltschutz. Das Cronenberger Ortsbild sollte weitgehend erhalten bleiben. Nachholbedarf gebe es in bezug auf die Lösung verkehrlicher Probleme, insbesondere für den Raum Sudberg.

Herr Kessens findet die Positionen der SPD-Fraktion bzgl. Sudberg in der Vorlage der Verwaltung wieder. Die Wiese Greuel sollte nicht bebaut werden; hier schließe sich die SPD-Fraktion der Wuppertaler Bürgerinitiative Umweltschutz an. Der Randbebauung im Bereich Kohlfurther Brücke gem. Vorschlag der CDU-Fraktion stimme seine Fraktion zu. Bei Stiepelhaus handele es sich um einen sensiblen Bereich, der nicht weiter bebaut werden sollte.

Die CDU-Fraktion – so Herr Weisbeck - hält die mäßige Bebauung im Bereich Greuel/Möschenborn gem. Verwaltungsvorschlag für richtig. Im Bereich Stiepelhaus wäre durchaus eine Ergänzung denkbar, denn es handele sich um eine Enklave zwischen Wohnhäusern.

Herr Thomann hält die Formulierung in der Verwaltungsvorlage zu „gebremst“. Es dürfe nicht nur reagiert werden mit dem Bau von Einfamilienhäusern. Vielmehr müsse versucht werden, durch Infrastrukturmaßnahmen die Attraktivität zu steigern.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 28.01.2004:

1. Das Ergebnis der landesplanerischen Anpassung nach § 20 Abs. 5 LPIG wird zur Kenntnis genommen.
2. Die während der öffentlichen Auslegung des Flächennutzungsplan-Entwurfes 2002 vorgebrachten Anregungen (von Bürgern, Firmen, Institutionen,...) werden gemäß den Beschlussvorschlägen in Anlage 1 behandelt.
3. Die im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 BauGB abgegebenen Stellungnahmen werden gemäß den Beschlussvorschlägen in Anlage 2 behandelt.
4. Die im Rahmen der nachbargemeindlichen Abstimmung nach § 2 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen werden gemäß den Beschlussvorschlägen in Anlage 3 behandelt.

5. Der Flächennutzungsplan wird mit den Änderungen gegenüber dem Offenlegungsentwurf, die sich aus der Abwägung der Anregungen und Stellungnahmen gemäß Anlage 1 bis 3 ergeben, sowie mit den in Anlage 4 beschriebenen Änderungen (Aktualisierungen, die nicht auf Anregungen beruhen) beschlossen.
Der Erläuterungsbericht wird in der angepassten Fassung (Anlage 5) gemäß § 5 Abs. 5 BauGB dem Flächennutzungsplan beigelegt.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, den Einwendern das Ergebnis der Behandlung ihrer Anregungen mitzuteilen.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, den Flächennutzungsplan gemäß § 6 Abs. 1 BauGB der höheren Verwaltungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen.
8. Die schriftlichen (in Drucks. VO/2531/04) sowie die in der heutigen Sitzung mündlich vorgetragenen Anregungen bzw. Änderungsvorschläge werden in die weitere Beratung eingefügt.

Einstimmigkeit.

2.1 **Stellungnahmen zum Flächennutzungsplan**

Vorlage: VO/2531/04

(siehe TOP 2)

3 **Landschaftsplanverfahren - Landschaftsplan West - Satzungsbeschluss**

Vorlage: VO/2387/03

Herr Gröll weist darauf hin, dass das Überschwemmungsgebiet Kohlfurthener Brück zwischen Haus Nr. 56 und Schütt bzw. Kläranlage im Plan nicht eindeutig gekennzeichnet sei. Lediglich im Text finde sie Erwähnung.

Herr Ostermann betont, dass es sich um nachrichtliche Darstellungen handelt. Nach dem Bau der Wuppertalsperre seien die alten Überschwemmungsgebiete nicht mehr aktuell. In die Pläne seien nur die noch rechtlich relevanten Flächen übernommen worden. Allerdings müssten Text und Plan übereinstimmen. Er werde dies prüfen.

Herr Weisbeck erläutert die Vorstellungen der CDU-Fraktion zur Ausweisung des Waldgebietes Burgholz gem. Drucks. VO/2529/04.

Herr Stv. Vorsteher zeigt einen Widerspruch in der Vorlage auf. Der BUND habe die Ausweisung des Silbersees als Biotop gefordert, was jedoch von der Verwaltung abgelehnt werde. Seine Fraktion habe dazu eine Anfrage gestellt, denn sie möchte wissen, ob die Ablehnung in Kenntnis der dort zu viel gelagerten Gesteinsreste aus dem Burgholztunnel (ca. 800 LKW-Ladungen) erfolgt sei.

Herr Grotendorst verweist auf den seit 1999 rechtskräftigen Gebietsentwicklungsplan (GEP) hin, der den fraglichen Bereich größtenteils als Fläche zum Schutz der Natur ausweise. Dies müsse im Landschaftsplan nachvollzogen werden. Auch die Stellungnahme der LÖBF von 1999 begründe ausdrücklich die Naturschutzwürdigkeit, ebenso wie der Aspekt des Artenschutzes. Mit dem Forstamt Bergisch Gladbach als Grundeigentümer seien zahlreiche Gespräche geführt worden. Diese Behörde stehe voll hinter der Ausweisung als Naturschutzgebiet. Man habe sich darauf geeinigt, dass hier wie

im Staatsforst Königsforst das Prinzip Wald 2000 gelten solle. Sukzessive sollten die Nadelhölzer (Fichten) entfernt und die nicht mehr benötigten Wirtschaftswege zurückgebaut werden. Bezüglich des Fremdländeranbaues werden in den Flächennutzungsplan Formulierungsänderungen aus dem Landschaftsplan übernommen. Nach Gesprächen mit der Bezirksregierung habe diese deutlich gemacht, dass der Landschaftsplan ohne Übernahme der GEP-Festsetzungen keine Aussicht auf Genehmigung haben würde.

Herr Weisbeck erklärt, die CDU-Fraktion könne von ihrem Beschlussvorschlag nicht abgehen.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 28.01.2004:

1. Die von den Bürgern (B 01/OF – B 14/OF) und Trägern öffentlicher Belange (TÖB) (TÖB 01/OF – TÖB 26/OF) im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. §27c Landschaftsgesetz (LG) NRW vorgebrachten Bedenken und Anregungen zum Landschaftsplan Wuppertal-West werden entsprechend der in der Anlage 3 (Bedenken und Anregungen) im einzelnen aufgeführten Beschlussvorschlägen der Verwaltung beschlossen.
Die sich aufgrund der Behandlung der Bedenken und Anregungen ergebenden textlichen und kartografischen Änderungen werden in den Entwurf zum Landschaftsplan übernommen.
2. Der Landschaftsplan Wuppertal-West, bestehend aus dem Erläuterungsbericht (Grundlagen), der Entwicklungs- und Festsetzungskarte (Anlage 1), den textlichen Darstellungen und Festsetzungen sowie Erläuterungen (Anlage 2), wird mit den Änderungen aus den unter 1. genannten Beschlüssen gem. §16 LG NRW als Satzung der Stadt Wuppertal beschlossen.
3. Die von der Verwaltung entworfenen Leitlinien zur Wuppertaler Landschaftsplanung, sind in der weiteren Landschaftsplanung zu beachten.
4. Die angeregten Änderungen zum besseren Verständnis sowie die Fraktionsanträge in den Drucks. VO/2529/04 und VO/2530/04 werden in die Beratung einbezogen.

Einstimmigkeit.

3.1 Ausweisung des Waldgebietes Burgholz im Landschaftsplan Wuppertal-West und im Flächennutzungsplan
Vorlage: VO/2529/04

(Beratungsergebnis siehe TOP 3)

3.2 Stellungnahme zum Landschaftsplan Wuppertal-West
Vorlage: VO/2530/04

(Beratungsergebnis siehe TOP 3)

4 Verkehrssicherheit in der Oberheidter Straße in Höhe der Querungshilfe Auf der Kante

Vorlage: VO/2400/03

Herr Stv. Vorsteher fragt nach Empfehlungen der Polizei zur Verbesserung der Situation bzw. ob Berliner Kissen geeignet wären.

Herr PHK Hakenbeck geht auf die schon in der Drucksache gestellte kritische Frage ein, ob durch die Ausweisung der 30 km/h-Beschränkung nicht eine falsche Sicherheit signalisiert werde. Auch in der breiteren Hackestraße werde zu schnell gefahren. Die Polizei Cronenberg sei personell und gerätemäßig nicht in der Lage, die Einhaltung der dortigen Geschwindigkeitsbeschränkung zu überwachen. Abgesehen davon gebe es nach seiner andere Stellen in Cronenberg, die vorrangig überwacht werden müssten. Unfallmäßig stelle die Oberheidter Straße kein Problem dar.

Herr Weisbeck spricht sich gegen eine Aufhebung der Geschwindigkeitsbeschränkung aus und empfiehlt die Aufstellung des Geschwindigkeitsdisplays. Berliner Kissen halte er dort nicht für geeignet. Es müsse an das Bewusstsein der Kraftfahrer appelliert werden, wozu auch die Presse ihren Beitrag leisten könnte.

Herr Thomann berichtet, während das Display aufgestellt gewesen sei, hätten die Geschwindigkeitsüberschreitungen etwas abgenommen. Im übrigen seien es nach seinen Beobachtungen nicht die Anwohner, sondern die Durchfahrenden nach bzw. von Sudberg, die zu schnell führen. Lediglich wenn dort viele Fahrzeuge am Fahrbahnrand parkten, werde langsamer gefahren.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 28.01.2004:

Die Bezirksvertretung nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Einstimmigkeit.

5 Resümee aus der ersten Bürgersprechstunde des Behindertenbeirats - mdl. Bericht -

Frau Alker berichtet über die erste Bürgersprechstunde des Behindertenbeirats. Am Mittwoch, 04.02.2004, 16.00 h, sei ein Ortstermin mit Rollstuhlfahrern in der Ortsmitte Cronenberg anberaumt (Treffpunkt am Schmied-Denkmal, Rathausstraße).

Zur Unterstützung des Aufbaus einer Hörbibliothek in der Stadtteilbücherei Cronenberg werde dazu aufgerufen, Hörbücher in Form von Hörkassetten oder – CDs zu sammeln und beim DRK in der Solinger Straße oder im Stadtbüro abzugeben – zur Weitergabe an die Stadtteilbibliothek in der Borner Straße.

5.1 Benennung der Erschließungsstraße für das Gebiet östlich des Gebäudes Kohlfurther Brücke 47
Vorlage: VO/2495/04

Auf Bitten von Herrn Stv. Weigel wird zunächst über das Bauvorhaben in nichtöffentlicher Sitzung diskutiert (s. TOP 7.5).

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 28.01.2004:

Beratung und Beschlussfassung werden vertagt.

Einstimmigkeit.

6 Berichte und Mitteilungen

6.1 Information über Beschlüsse zur Verwendung der freien Mittel der Bezirksvertretung

Der Geschäftsführer informiert über die in der letzten Sitzung beschlossenen Vergaben der freien Mittel.

Darüber hinaus teilt er mit, dass die freien Mittel 2004 nach Auskunft der Kämmerei wegen der Vorläufigen Haushaltsführung lediglich zu 50 % freigegeben sind.

6.2 Borner Hofwiese

Der Geschäftsführer berichtet kurz über die begonnene Bodensanierung im Bereich Borner Hofwiese. Dort sollten ein Regenrückhaltebecken und später Wohnungen errichtet werden. Nach Auskunft des Umweltressorts werde der belastete Boden (Auffüllungen) komplett abgetragen und in eine besondere Deponie verbracht. Später sei eine Untersuchung des darunter liegenden natürlichen Bodens vorgesehen. Die Arbeiten würden laufend durch einen Gutachter vor Ort begleitet. Es sei in Ordnung, dass offene Fahrzeuge verwendet würden. Gefahren für die Bevölkerung beständen nicht. Die Erdarbeiten würden etwa 10 Tage dauern, seien allerdings heute zunächst witterungsbedingt eingestellt worden.

Frau C. Schmidt spricht die Probleme beim Einbiegen großer Fahrzeuge in die Borner Straße an.

Herr PHK Hakenbeck erläutert das Verkehrskonzept während der Baumaßnahme.

Ingeborg Alker
Bezirksvorsteherin

Holger Müller
Schriftführer